



Dresdner Reden 2016

14. Februar 2016

Naika Foroutan

**Postmigrantische Gesellschaften.
Was es für Deutschland bedeutet,
ein Einwanderungsland zu sein**

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.

Sächsische Zeitung
Was uns verbindet.

Die Dresdner Reden 2016

Auch in diesem Jahr setzen wir die traditionsreiche Reihe der Dresdner Reden fort, die in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung seit mehr als zwei Jahrzehnten am Staatsschauspiel stattfindet. Jedes Frühjahr laden wir Persönlichkeiten aus Kunst, Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft ein, auf der Bühne des Schauspielhauses eine Rede zur Zeit zu halten.

14. Februar → Naika Foroutan

Sozialwissenschaftlerin

Postmigrantische Gesellschaften. Was es für Deutschland bedeutet, ein Einwanderungsland zu sein

21. Februar → Peter Richter

Journalist und Autor

Als Dresdner reden – Warum mich diese Herkunft nicht fortlässt.

28. Februar → Giovanni di Lorenzo

Journalist, Autor, Chefredakteur „Die Zeit“

Alles Lüge? Warum Deutschlands Medien so stark – und manchmal doch so angreifbar sind

6. März → Joachim Klement

Designierter Intendant des Staatsschauspiels Dresden

Theater heute. Über gesellschaftliche Spielräume

Die Sozialwissenschaftlerin **Naika Foroutan** ist Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik und stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2011 wurde sie für ihr Eingreifen in die bundesweit kontrovers geführte Debatte um Thilo Sarrazin mit dem Integrationspreis ausgezeichnet. Im Jahr 2012 wurde ihr für ihre exzellente Forschung der Wissenschaftspreis der Fritz Behrens Stiftung verliehen.

Naika Foroutan

Zunächst einmal einen herzlichen guten Morgen von meiner Seite. Ich muss sagen, ich bin sehr stolz, dass ich heute diesen 25. Jahrgang der Dresdner Reden eröffnen darf. Ich war schon einmal in Dresden eingeladen vor 15 Jahren, bei der Einweihung der Neuen Synagoge. Seitdem hat sich vieles verändert, aber das Thema, zu dem ich damals Stellung nehmen sollte, hat weiterhin Konjunktur. Ich sollte im Jahr 2001 hier über Zivilisationskonflikte sprechen, über das Verhältnis zwischen dem Westen und der Islamischen Welt. Das Thema lässt uns nicht los, spätestens seit dem 11. September nicht mehr. Manche sagen, seit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 habe sich dieses Thema in den Vordergrund geschoben.

Meine Leitfrage, mit der ich Sie heute durch meinen Vortrag führen möchte, ist nun, ob wir uns 25 Jahre nach dem Ende der bipolaren Weltordnung und nach dieser zwischenliegenden Zeitperiode, die von vielen Theoretikern auch als neue Weltunordnung bezeichnet wurde, wieder auf einen dominanten Dualismus zubewegen, und meine Hypothese ist, dass diese neue bipolare Bruchlinie sich in den Innenraum der europäischen Gesellschaften verlagert hat und an der Frage von Migration und der Einstellung dazu ausrichtet.

Es geht in meinem heutigen Vortrag nicht mehr um einen Konflikt zwischen dem Westen und der Islamischen Welt, sondern um einen akuten Konflikt zwischen Europa und sich selbst. Zwischen dem Selbstbild Europas als offene, aufgeklärte, demokratische und tolerante Gesellschaft, das sich nicht deckt mit den Realitäten des Finanzkapitalismus, der Ungleichheit, der Abwehr, der neuen Grenzziehung, der Intoleranz und des ansteigenden Rechtspopulismus, der diese Gesellschaften derzeit prägt.

Die Frage des Umgangs mit Migration ist daher eine Chiffre für die große Frage danach, ob wir wirklich sind, was wir vorgeben, glauben oder wünschen zu sein, ethisch-moralisch, demokratie-theoretisch und identitär. Und es ist eine Chiffre für die Frage nach der Verwobenheit Europas in globale Ungleichheitsprozesse. Die Migrationsfrage ist somit zur Systemfrage geworden, und ich werde gleich aufzeigen, dass sie eigentlich nicht die Basis für das bilden kann, was gerade an Verunsicherung, Überforderung, Abwehr und Angst artikuliert wird, sondern dass derzeit viel größere Fragen verhandelt werden. Die Frage also – „Wie hast du es mit der Migration?“ – ist eine exemplarische, anhand derer die große Frage danach, wie wir werden, was wir glauben zu sein, verhandelt werden muss. Und auch die Frage danach, wie wir wurden und was wir sind.

Zentrale Positionen werden ausgehandelt - postmigrantisch - also *nachdem* Deutschland beschlossen hat, sich als Einwanderungsland zu beschreiben. Die Aushandlungen drehen sich um gleiche Rechte, gesellschaftliche Teilhabe, Repräsentation im öffentlichen Raum und Partizipation in Politik und Gesellschaft. Auch Minderheiten fordern diese Rechte ein, und sie erscheinen legitim, spätestens seitdem Deutschland sich seit 2001 politisch offiziell als Einwanderungsland bezeichnet. Rund um diese demokratischen Aushandlungsprozesse formieren sich neue ideologische Camps. Postmigrantische Gesellschaften sind geprägt von einem Dualismus und einer Polarisierung zwischen jenen, die unter Demokratie gleiche Rechte für

alle Bürger verstehen und jenen, die mehr Rechte für die eigene Gruppe beanspruchen, die sie vorrangig national oder zum Teil auch völkisch definieren. Und hierbei - wie man sich zur Demokratie positioniert - geht es nicht mehr darum, welcher Herkunft man ist, um sich zu einem der Camps zu bekennen.

Das ist eine Erfahrung, die Sie in Dresden seit geraumer Zeit sehr deutlich machen. Die einen Dresdner und die anderen Dresdner, Sie haben die gleiche Herkunft, Sie teilen die gleiche Vergangenheit, teilweise sogar die gleichen Erfahrungen und auch die gleiche Schicht. Vielleicht sind Sie sogar miteinander verheiratet. Aber Sie finden sich plötzlich in ganz unterschiedlichen Positionen wieder, und sie beantworten die Fragen danach, wie dieses Land aussieht und aussehen soll, ganz unterschiedlich zueinander, fast fremd. Die Zugehörigkeiten verschieben sich, und neue postmigrantische Allianzen entstehen, was noch mehr Irritationen auslöst. Der Dompropst von Köln, ein alter Katholik, schaltet die Lichter des Kölner Doms aus, die Semperoper weigert sich als Kulisse für Pegida-Demonstrationen herzuhalten, das Staatsschauspiel Dresden inszeniert mit beängstigender Kraft die reale Gefahr eines neuen Faschismus in Europa. Ob konservativ, Mitte-orientiert oder links, ob religiös oder atheistisch, mit Migrations-hintergrund oder ohne, ob alt oder jung positionieren sich Menschen in Deutschland mit Schildern auf denen steht ‚Deutschland ist bunt‘.

Gleichzeitig wachsen in postmigrantischen Gesellschaften die sichtbaren gegensätzlichen, antagonistischen Positionen. Rechtspopulistische Diskurse mit einer stark einwanderungsfeindlichen und spezifisch muslimfeindlichen Rhetorik werden bis in die Mitte der Gesellschaft salonfähig. Und das erzeugt eine immer weitere sich verschärfende Ambivalenz bis hin zu starker Polarisierung und manifestem Antagonismus.

Die neue Fremdheit ist keine Frage der Herkunft mehr, und die neue Nähe ist es auch nicht. Beide sind vielmehr eine Frage der Haltung zu Kernwerten der Demokratie wie Solidarität, Gleichheit und Gleichwertigkeit. Eine Frage der ideologischen Positionierung in einer postmigrantischen Gesellschaft, die sich *nach* erfolgter Migration neu strukturiert, neu definiert und neu positioniert, auch in der Beschreibung ihrer nationalen Identität.

Ob ich hier stehe heute und Migrantin bin, Tochter eines aus dem Iran geflüchteten Vaters und einer Mutter aus dem Rheinland, muslimisch, oder Sie, ein älterer christlicher oder atheistischer oder junger konservativer oder linker Dresdner oder Dresdnerin. Wir stehen hier auf einer Positionslinie, nicht, weil Sie mich verteidigen und sich vor mich stellen und schützen wollen vor einem mit Islamisierungsängsten kaschierten Rassismus, der um sich greift. Dafür bin ich, und sind viele wie ich, schon selbst positioniert genug und dem Paternalismus entwachsen. Sondern weil Sie und ich, wir gemeinsam, das Eine erkennen und für eine bestimmte Perspektive einstehen. Und diese kann auch ganz banal sein:

Dieses Land hat sich verändert. Deutschland normalisiert sich. Es war schon immer von Vielfalt geprägt. Es ist entstanden aus einem Moment der Vielfalt. 1848 in der Paulskirche kamen vielfältige Fürstentümer zusammen, die sich mitnichten als gleich gefühlt haben. In Deutschland sprach man polnisch, sorbisch, französisch, russisch. Deutschland hatte immer schon eine mittlere Kontinentallage. Man konnte nicht über dieses Land hinwegfliegen, man wanderte hindurch. Römer siedelten, Hunnen siedelten, selbst Syrer als Bogenschützen in Bayern.

Vielfalt ist ein Markenkern dieses Landes. Das war es schon immer bis auf eine kurze traumatische Zeit, die bis heute im Narrativ und in der Selbstbeschreibung einiger nachwirkt. Ich möchte gerne heute in meinem Vortrag ein wenig einführen in empirische Grundlagen der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Ich möchte gerne Ambivalenzen aufzeigen und hoffe, dass es mir gelingt, einige Narrative der Abwehr mit Ihnen zusammen zu dekonstruieren.

Beginnen wir mit den empirischen Grundlagen, ich habe Ihnen hier einige Zahlen mitgebracht. Das sind statistische Kennwerte, die Sie bei Destatis nachsehen können, dem Webportal des Statistischen Bundesamts in Deutschland, oder die Sie auf den amtlichen Portalen der Ministerien finden können.

Schauen wir uns mal die letzten 25 Jahre der Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands an von 1991 bis 2014. Denn das sind die letzten validen Werte, die wir haben.

Wir können erkennen, dass es immer wieder Peaks und immer wieder Rückgänge der Zuwanderung in Deutschland in den letzten 25 Jahren gegeben hat. Wenn Sie sich mal die Jahre 1991 und 1992 ansehen, dann können Sie dort einen sehr, sehr hohen Wert sehen. Im Jahre '92 gab es einen Wanderungsüberschuss um die 800.000 Personen, das ist der Saldo, das was übrig bleibt, wenn man die Fortzüge von den Zuzügen abrechnet. Schauen wir uns eine weitere Periode an: Die Jahre 2008 /2009 – in dieser Zeit war Deutschland de facto zu einem Auswanderungsland geworden – insgesamt zogen kanpp 80.000 Menschen mehr fort, als Menschen hinzugekommen waren. Gleichzeitig haben wir in dieser Zeit sehr stark politisch diskutiert, ob sich Deutschland nun als Einwanderungsland bezeichnen kann oder nicht.

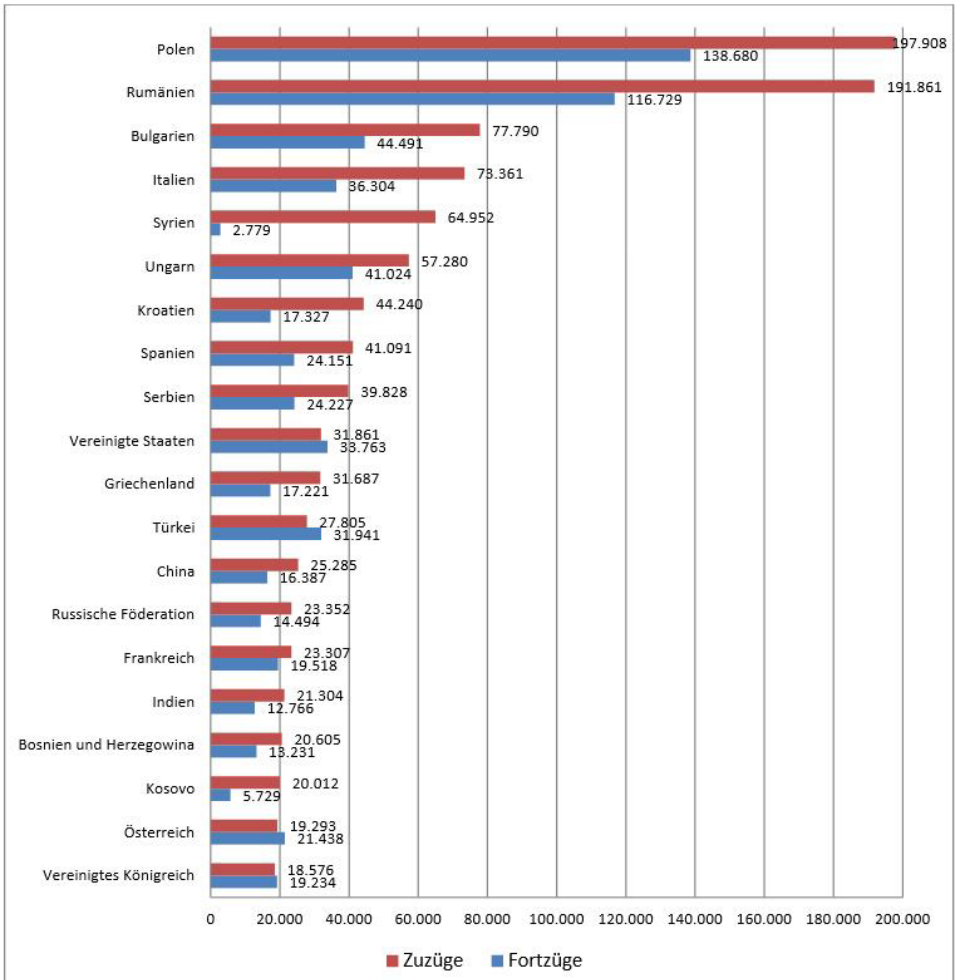
Dass sich Deutschland als Einwanderungsland bezeichnet, haben wir im Jahr 2001 erstmalig politisch offiziell in den Dokumenten der sogenannten Süßmuth-Kommission gesehen. Bis dahin wurde beharrlich negiert, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Helmut Kohl sagte sogar einmal ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland und wird auch keines werden‘. Bis 2001 und von der Anwerbepériode 1955 an gezählt, waren in dieser ganzen Phase, in der diskutiert wurde, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist bzw. sein soll, schon 14 Millionen Migranten nach Deutschland gekommen. Viele von ihnen waren wieder zurückgegangen. Als im Jahr 2001 offiziell beschlossen wurde ‚Dieses Land ist ein Einwanderungsland‘, hatte sich an dieser Zahl nicht viel geändert.

Die Zahl war empirisch die gleiche, aber die Erzählung war eine andere. Und mit der Erzählung, mit diesem neuen Narrativ, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, gingen ganz viele Gesetzesänderungen einher. Es hat die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts gegeben, seit 1913 bestand das Recht auf Staatsangehörigkeit darin, dass es ein sogenanntes *ius sanguinis* gab, ein Blutsrecht, dass man Deutscher nur werden konnte, wenn die Vorfahren Deutsche waren. Mit der Reform 2001 kann man auch Deutscher werden, selbst wenn man nicht in mehreren Generationen aus diesem Land stammt. Das ist eine sehr, sehr große Veränderung im Narrativ der nationalen Identität. Und das ist etwas, was sich angleicht an moderne Verständnisse von Staatsbürgerschaft, die man eben auch erlangen kann. Wir haben aber auch das sogenannte Zuwanderungsgesetz bekommen, sowie das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und das Gesetz zur doppelten Staatsangehörigkeit. Es hat sich sehr viel verändert, seitdem es dieses neue Leitbild gab ‚Deutschland ist ein Einwanderungsland‘.

Schauen wir uns nochmal das Jahr 2014 an, für das wir statistische Werte haben. Es ist sehr frustrierend, dass in der ganzen Debatte und der Zeit der Verunsicherung darüber, wie viele Leute nun gekommen sind im letzten Jahr und bleiben werden, wir immer wieder die statistischen Daten erst später nachliefern können. Zuverlässige Daten für 2015 werden erst Mitte 2016 vorliegen, aber es gibt bereits Schätzungen. Deswegen habe ich ihnen die validen Daten von 2014 zunächst mitgebracht, werde gleich jedoch noch etwas zu 2015 sagen. Wenn Sie sich das mal anschauen, hatten wir schon 2014 einen sehr hohen Saldo von +550.000. Nach der eben erwähnten starken Abwanderungsbewegung in 2008 und 2009 gab es nach der Finanzkrise 2008 eine neue erhöhte Zuwanderungsbewegung nach Deutschland, die vor allen Dingen eine Zuwanderung aus der EU war. 60 % der Zugewanderten im Jahr 2014 kamen aus der Europäischen Union.

Wie Sie der Grafik aus dem Migrationsbericht 2014 entnehmen können, sind bei der Türkei mehr Abgänge als Zugänge zu verzeichnen. Die Türkei stellt das einzige Land dar, in dem es in den letzten zehn Jahren jedes Jahr mehr Abgänge als Zugänge gab. Jedes Jahr wandern also mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei aus, als aus der Türkei nach Deutschland einwandern. Trotzdem war es ein ganz starkes Narrativ in der Sarrazin-Debatte, dass Deutschland von einer Migration aus der Türkei dominiert ist, die durch einen immerwährenden Zu- zug verstärkt wird. Das war also eine der Zahlen, die nachweislich empirisch nicht gestimmt hat.

Abbildung 1: Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern im Jahr 2014



Quelle: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2014), S. 21.

Fragen wir uns mal, was hat dieser Anstieg 2014, der vergleichsweise wirklich schon ein hoher Anstieg war, tatsächlich – also in seiner realen Umsetzung für die Bundesländer – für Folgen gehabt im Hinblick auf den Anstieg der Bevölkerung. Sie können sich Tabelle ansehen und erkennen, dass Länder wie Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen trotzdem im Jahr 2014 noch eine Bevölkerungsabnahme hatten; dass die höchste Zunahme für Berlin steht und immer noch moderat ist mit 1,4 %; dass die nächsten Länder, die eine hohe Zuwanderungsquote hatten, Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg immer noch eine Zuwanderungsquote

von unter einem Prozent hatten. Für das Gefühl und das Narrativ der Überfremdung ist es ganz wichtig, diese Zahlenrelation von ein Prozent mitzunehmen.

Abbildung 2: Bevölkerungszahlen 2013 und 2014 nach Bundesländern

Bevölkerungszahlen 2013 und 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Bevölkerung am		Veränderung insgesamt	
	31.12.2013	31.12.2014	in 1 000	in %
	in 1 000			
Baden-Württemberg	10 631,3	10 716,6	85,4	0,8
Bayern	12 604,2	12 691,6	87,3	0,7
Berlin	3 421,8	3 469,8	48,0	1,4
Brandenburg	2 449,2	2 457,9	8,7	0,4
Bremen	657,4	661,9	4,5	0,7
Hamburg	1 746,3	1 762,8	16,4	0,9
Hessen	6 045,4	6 093,9	48,5	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 596,5	1 599,1	2,6	0,2
Niedersachsen	7 790,6	7 826,7	36,2	0,5
Nordrhein-Westfalen	17 571,9	17 638,1	66,2	0,4
Rheinland-Pfalz	3 994,4	4 011,6	17,2	0,4
Saarland	990,7	989,0	-1,7	-0,2
Sachsen	4 046,4	4 055,3	8,9	0,2
Sachsen-Anhalt	2 244,6	2 235,5	-9,0	-0,4
Schleswig-Holstein	2 816,0	2 830,9	14,9	0,5
Thüringen	2 160,8	2 156,8	-4,1	-0,2
Deutschland	80 767,5	81 197,5	430,1	0,5
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	64 848,1	65 223,1	375,0	0,6
Neue Länder (ohne Berlin Ost)	12 497,5	12 504,6	7,1	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 353 vom 24.09.2015

Das Statistische Bundesamt hat allerdings schon zu Beginn des Jahres erste Schätzungen für das Jahr 2015 herausgegeben und zwar auf Basis des sogenannten EASY-Registrierungssystem, dem Registrierungssystem, das Erstregistrierungen vornimmt und diese ans Bundesamt für Migration und Flüchtlinge meldet. Dort gab es eine Erstregistrierungsquote von etwas über einer Million, wobei zu erwarten ist, dass es hier zu Zweifach- und Dreifachregistrierungen gekommen ist. Weswegen die Schätzungen, die uns vom Statistischen Bundesamt derzeit vor-

liegen, lauten, dass mit einem Saldo, also nach Abzug derjenigen, die im letzten Jahr fortgewandert sind, mit mindestens 900.000 Personen gerechnet werden kann.

Der Wanderungssaldo, sagt das Statistische Bundesamt, läge damit nicht nur über dem Ergebnis des Vorjahres, das ich ihnen eben genannt habe, +550.000, sondern es liegt sogar über dem bisherigen Rekordwert des Jahres 1992, den Rekordwert habe ich ihnen eben auch gezeigt, mit knapp 800.000. Wir haben 2015 also +900.000 – ein Rekordwert. Trotzdem ist es für Sie vielleicht wichtig mitzunehmen, dass wir eine annähernd große Zahl 1992 schon mal hatten. Und 1992 hatten wir es mit einer unvergleichbar schwierigeren wirtschaftlichen und strukturellen Situation zu tun, wenn Sie sich darin erinnern, es war eine Phase in den 90er Jahren mit ansteigenden Arbeitslosenzahlen, die Wiedervereinigung war eine große strukturelle und emotionale Herausforderung und es war eine Zeit, in der es sehr stark auch soziale Unruhen im Land gab, besonders später in Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Mölln im Zuge des ansteigenden Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit. Wir hatten also eine sehr, sehr unruhige Zeit und 800.000 eingewanderte Menschen. Derzeit haben wir eine finanzstabile Zeit und 900.000 eingewanderte Menschen. Vielleicht, in Kenntnis dieser Zahlen, kann man ein wenig verstehen, wieso Angela Merkel so selbstbewusst sagen konnte: ‚Wir schaffen das‘. Weil wir jetzt auf 1992 zurückschauen und uns die Frage stellen, ob wir es geschafft haben. Und die müssen wir in Anbetracht der derzeitigen Situation – der Finanzstabilität, der geringen Arbeitslosenzahlen – in der Tat damit beantworten, dass wir es geschafft haben, aus einer sehr schwierigen Zeit mit einer ähnlich hohen Ziffer stabil herauszukommen.

Was ich Ihnen trotzdem mitgeben möchte und was wichtig ist für die Debatte und wie sie derzeit geführt wird, ist die Frage nach der Angst vor Islamisierung. Schauen Sie sich diese Zahl des EASY-Registrierungssystems an.

Abbildung 3:

Hauptherkunftsländer der im Jahr 2015 im EASY-System registrierten Asylsuchenden

Jahr 2015	insgesamt	1.091.894
1	Syrien	428.468
2	Afghanistan	154.046
3	Irak	121.662
4	Albanien	69.426
5	Kosovo	33.049

Quelle: Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung 06.01.2016 „2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor“

Wenn wir die ersten fünf Länder herausnehmen, sind das alles muslimische Länder, wenn Sie die Zahlen zusammenziehen, kommen Sie auf etwa 800.000. Die Zahlen, die jetzt dort stehen, d.h. die Zuwanderung hat sich verändert. Es sind also 2015 nicht mehr wie im letzten Jahr 60 % aus der EU, sondern ein sehr viel größerer Teil aus muslimischen Ländern. Viele von diesen Menschen werden keine Anerkennung bekommen, aber sehr viele werden auch bleiben. Was bedeutet diese Zahl in der Relation, wenn wir derzeit 4,2 Millionen Muslime in Deutschland haben und 800.000 kämen dazu, und es würden 5 Millionen? 4,2 Millionen Muslime in Deutschland bedeutet, der Anteil der Muslime an der deutschen Bevölkerung liegt bei 5 %. Kommen 800.000 hinzu, steigt der Anteil auf 6 %. Für die deutsche Bevölkerung ist das keine besonders große Veränderung, aber für die muslimischen Communities sehr wohl. Für sie ist das eine sehr große Veränderung, wenn statt vier Millionen plötzlich fünf Millionen hier sind, weil sie sehr viel logistische Hilfe, Integrationshilfe, Unterbringungshilfe und psychosoziale Hilfe leisten müssen, das heißt, die muslimischen Verbände werden sehr stark als Integrationsakteure gebraucht.

Auch wenn der Anstieg für die Allgemeinbevölkerung sehr gering ist – von 5 % auf 6 % – wird etwas mit der Wahrnehmung in unserer Gesellschaft geschehen. Wir haben vor eineinhalb Jahren eine Studie mit 8.000 Befragten in Deutschland durchgeführt und schon damals festgestellt, 70 % der deutschen Bevölkerung überschätzen den Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung. 50 % überschätzen den Anteil sogar doppelt, dreifach, teilweise sogar vierfach, das heißt, auch wenn nur 5 % da sind, hatten wir Antwortkategorien bei der Frage danach ‚Was glauben Sie, wie hoch ist der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung?‘ von Menschen, die gesagt haben, 25 % – deren Wahrnehmung war: Jeder Vierte in Deutschland ist muslimisch. Und da müssen wir uns die Frage stellen, woher kommt diese Dominanz dieser Wahrnehmung und diese Fehlwahrnehmung, obwohl die empirischen Daten ja abrufbar sind?

Ich fasse mal diesen empirischen Teil zusammen mit der großen Frage danach, wie sich Deutschland verändert hat und in seinen demographischen Vielfaltsstrukturen darstellt. Wir wissen selbst, dass wir alle auch Schwierigkeiten haben in der gegenseitigen Benennungspraxis. Wer ist deutsch, wer ist eigentlich noch Migrant? Ausländer ist jemand, der keinen deutschen Pass hat. Das ist eine relativ klar definierbare Kategorie. Trotzdem wissen wir aber, dass in unserem normalen Sprachgebrauch ‚Ausländer‘ sehr leicht einfach für jemanden steht, der anders aussieht. Gleichwohl diese Person vielleicht schon längst oder schon immer den deutschen Pass hat und noch nie eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche hatte. Wenn wir z.B. über Schüler in Deutschland sprechen, haben wir die sogenannte Optionsregel, wir haben die doppelte Staatsangehörigkeit. Schüler, die in Deutschland eingeschult werden in der Grundschule, haben einen deutschen Pass. Es gibt de facto eine minimal letzte Prozentkategorie, zwischen 5 bis 10 % an deutschen Grundschulen, die keinen deutschen Pass haben – also Diplomatenkinder oder nicht anerkannte Palästinenserkinder z.B. –, de facto gibt es an deutschen Grundschulen also keine ausländischen Kinder mehr, wenn Sie das so wollen. Die haben alle einen deutschen Pass. Trotzdem ist es in unserem Wortgebrauch, in unserer Erzählung, selbst wohlmeinend so, dass Lehrerinnen sehr oft sagen, ‚meine deutschen und meine ausländischen Kinder‘. Es hat sich noch nicht durchgesetzt in der Wahrnehmung, dass Deutschsein sich sehr multipel zusammensetzt.

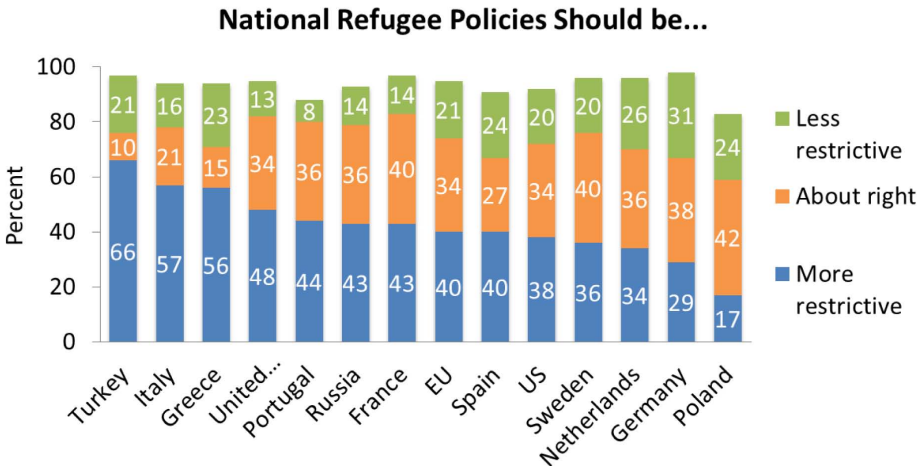
82 Millionen Einwohner hat dieses Land, ungefähr 16,5 Millionen davon, also etwas mehr als 20 %, haben einen sogenannten Migrationshintergrund – bei den Kindern schon über 33 %. Von diesen Personen mit Migrationshintergrund sind 9,2 Millionen schon Deutsche, sie haben die deutsche Staatsangehörigkeit, 7 Millionen ungefähr sind Ausländer. Wichtig ist, mitzunehmen, dass von dieser Gruppe, den 20 % oder den 16,5 Millionen, mehr als 95 % in Westdeutschland leben und etwas weniger als 5 % in Ostdeutschland. Trotzdem ist die Wahrnehmung der Überfremdung in Ostdeutschland sehr stark präsent, obwohl empirisch gesehen die Zahl derjenigen, die hier mit Migrationshintergrund leben, sehr, sehr gering ist.

Wenn ich jetzt weitergehe und die Ambivalenzen darstelle, die erzeugt werden durch die Debatten rund um das Thema Migration, dann macht sich die Ambivalenz auch deutlich in der Wahrnehmung Deutschlands im Ausland und in der politischen Positionierung. Schauen wir einfach einmal auf die Zahl, wie sich Deutschland im letzten Jahr in der Flüchtlingsaufnahme verhalten hat: Schweden, Deutschland und Österreich sind mit Abstand die Länder, die am meisten Flüchtlinge aufgenommen haben – mit Abstand. Schauen Sie sich mal Länder wie Frankreich und Großbritannien an. Länder, die sich in den letzten Jahren sehr stark als vielfältig, divers, offen, multikulturell beschrieben haben. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass Großbritannien bei 64 Millionen Einwohnern gerade mal 30.000 Flüchtlinge aufgenommen hat, dann wird die Relationalität sehr, sehr stark bewusst zu dieser Zahl: eine Million in Deutschland. Trotzdem, wenn wir alle Zahlen aller Länder in Europa, d.h. alle Geflüchtetenzahlen zusammenzählen, kommen wir auf die Zahl, die die Türkei alleine aufgenommen hat: 2,5 Millionen.

Man muss immer wieder versuchen, Zahlen in Relationen zu setzen, indem man andere Zahlenverhältnisse kennt. Und die Frage, ob Europa das schafft oder nicht schafft, muss man in Relation zu den Anrainerstaaten beantworten. Die Türkei mit 2,5 Millionen, Libanon mit 1 Millionen, Jordanien mit 1,3 Millionen. Gerade Jordanien und Libanon sind Länder, die sehr viel kleinere Bevölkerungen haben und parallel sehr viel größere Volumen an Aufnahmen – das nur, um relational eine Einordnung zu schaffen und trotzdem sich klar zu sein, dass Deutschland in Europa eine Spitzenposition eingenommen hat. Gleichzeitig müssen wir sagen, und das zeigt eine deutliche Ambivalenz, nimmt Deutschland auch eine Spitzenposition ein, was die Anschläge angeht, was die fremdenfeindlichen tatsächlichen Bedrohungssituationen angeht und das auch, wenn man die Zahlen bereinigt, d.h. auch wenn man sie prozentual auf die Gesamtbevölkerung umrechnet, bleibt Deutschland hier in der Spitzenposition. 3600 Straftaten wurden im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Asylthematik gemessen, und 1027 davon waren direkt auf die Unterkünfte und ihre Bewohner gerichtet, das ist ein vierfacher Anstieg im Jahr 2015 und wir müssen uns fragen: Was ist da passiert?

Wenn wir ein Jahr zurückgehen, können wir schon sehen, dass wir innerhalb der Bevölkerung diese Polarisierung und den Dualismus, den ich eben genannt habe, schon hätten erkennen können:

Abbildung 4: Flüchtlingspolitik zwischen Offenheit und Restriktion 2014



Q28: And how about refugees? Do you think that [COUNTRY]'s policies towards refugees...

Quelle: German Marshall Fund of the United States, Transatlantic Trends 2014

In dieser Umfrage des German Marshall Fund aus dem Jahr 2014 ging es darum, die Flüchtlingspolitik zu bewerten – dies Studie lag also noch vor der großen Flüchtlingsfrage im Sommer. Der Grafik können Sie entnehmen, dass wir bei Deutschland eine sehr starke Dreiteilung der Gesellschaft beobachten können. Ungefähr 30 % der Gesellschaft wünschten sich schon im Jahr 2014 eine restriktivere Flüchtlingspolitik, und 30 % fanden, die Politik zum damaligen Zeitpunkt müsse deutlich offener sein. Dazwischen gab es 40 %, die sogenannte Mitte, die eigentlich tendenziell nach beiden Seiten hin mobilisierbar ist. In den letzten Jahren konnten wir noch sagen, dass in Deutschland die Mitte sehr viel stärker von der offenen Position für Vielfalt und Pluralismus mobilisiert wird. Für Frankreich konnten wir hingegen feststellen, dass der Front National die Mitte der Gesellschaft seit fünf Jahren vor sich hertreibt und die Mitte sich dem rechten Rand sehr stark angenähert hat. In Deutschland konnten wir das im Jahr 2014 noch nicht beobachten. Im Moment können wir erkennen, dass die Rechten eine sehr viel stärkere Mobilisierungskraft gewinnen. Trotzdem haben wir in Deutschland tendenziell noch diese Dreiteilung und die Mitte noch eher dem demokratischen Bekenntnis zugewandt wir haben daher einen relativ stabilen Bevölkerungsteil, der ein Bekenntnis zu einem vielfältigen Deutschland oder zu der Haltung für offene Demokratie ablegt.

Ich führe Sie jetzt ein wenig durch diesen Jahresverlauf. Bestimmt können Sie sich noch an den Optimismus im sogenannten ‚Sommer der Migration‘ erinnern, als ein großer Teil der Bevölkerung sagte damals: ‚Ja, Deutschland kann so viele Flüchtlinge verkraften‘. Das war noch im September. Diese Verlaufskurven näherten sich bereits im Oktober an und kippten, wie dem ARD-DeutschlandTREND vom Oktober 2015 zu entnehmen ist, als wir politisch ganz stark mit Diskussionen um Wiederaufnahmen von Grenzkontrollen konfrontiert waren. Jetzt

sagten nur noch 47%, dass es ihnen keine Angst mache, dass so viele Flüchtlinge zu uns kommen.

Was wir gleichzeitig erkennen können, ist, dass es aber auch zu dem Zeitpunkt schon sehr ambivalente Aussagen gab. Immer mehr Menschen sagten in dieser Umfrage im Oktober zwar: „Es macht mir Angst, dass so viele Flüchtlinge zu uns kommen“, aber gleichzeitig sagte immer noch die Mehrheit, knapp 60 % : „Ich glaube, dass Flüchtlinge perspektivisch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden.“ Auch sagten wiederum knapp 60 %: Sie haben keine Sorge, dass die große Zahl an Flüchtlingen unseren Wohlstand bedroht.

Das heißt, es war kein ökonomischer, kein wohlstandsbedrohender Diskurs, der auf uns zurollte. Das konnte man auch noch im November feststellen, als die Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland auf einem Rekordhoch lag. Über 80 % der Bevölkerung sagten damals – ebenfalls im ARD-Deutschlandtrend –, dass sie die wirtschaftliche Lage als sehr gut oder gut einstufen und ebenfalls bewerteten sie ihre eigene wirtschaftliche Lage auf einem Spitzenwert. Dies wurde parallel von Prognosen aus der Wirtschaft flankiert. „Flüchtlinge sind das Beste für Deutschland“, sagte z.B. der Chefvolkswirt der Deutschen Bank; oder der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung befand, dass nach sieben Jahren jeder Flüchtling dem Staat Geld einbringe. Die OECD stellte fest, die Flüchtlinge werden die deutsche Wirtschaft ankurbeln. Und andere sprachen davon, dass die Flüchtlinge ein Fundament für ein zweites Wirtschaftswunder sein könnten.

Wir konnten zur gleichen Zeit messen, dass Arbeit und Beschäftigung wesentlich weniger signifikant waren, wenn die Menschen gefragt wurden, was die wichtigsten politischen Themen sind und worum sich die Bundesregierung kümmern soll. Eine überbordende Mehrheit sagte eben: Asyl, Zuwanderung, Integration. Ganz wenige sprachen von Arbeit, Beschäftigung oder Wirtschaft. Das heißt, es gab ein gleichzeitiges Gefühl, dass es mit der Flüchtlingsbewegung etwas gibt, das dem Land wirtschaftlich nutzen kann und einen persönlich wirtschaftlich auch nicht bedroht. Als die Menschen dann nach den Gründen für die Angst befragt wurden, da war die größte Angst: „Ich befürchte, rechte Parteien könnten an Zulauf gewinnen.“

Abbildung 5: Gründe für Angst



Quelle: infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND: November 2015

Das ist ganz spannend, weil man sich in dem Moment fragt, ob das etwas Metaphysisches ist, dass rechte Parteien an Zulauf gewinnen oder ob nicht rechte Parteien an Zulauf gewinnen, weil Wähler sie wählen und Wähler kann auch jede und jeder selbst sein. Insofern ist dieses Sich-Selbst-Herausnehmen aus diesem Zuspruch, hier ganz spannend.. Wir konnten auch sehen, dass die Ängste, der Einfluss des Islam könne in Deutschland zu stark werden oder die Terrorgefahr könne in Deutschland steigen, ebenfalls benannt wurden.

Was wir also sagen können ist, dass die Angst und die ansteigende Abwehr weniger als wirtschaftliche Statusangst, sondern eher als „Kulturangst“ beschrieben werden müssen, wie es der renommierte Migrationsforscher Klaus Bade nennt. Die Bedrohung ‚unserer kulturellen Werte‘, dass ist das, was viele der Menschen in diesem Land plötzlich befürchten, 42 % gaben diesen Wert bei einer Umfrage im ZDF-Politbarometer Mitte Januar 2016 an.

Wieder ambivalent, dass trotzdem eine Mehrheit in den letzten Umfragen im ZDF-Politbarometer vom 15.01.2016 sagte, sie sehe keine konkreten Probleme mit Flüchtlingen. „Gibt es in der Gegend, in der Sie wohnen, Probleme mit Flüchtlingen?“ Nur 16 % sagen: „Ja, sehr große oder große.“ 39 % sehen das bereits als gering an und sagen: „nicht so große.“ Und 38 % sagen: „Nein,

es gibt gar keine Probleme.“ Wieder diese Ambivalenz: Auf der einen Seite die Angst zu spüren, obwohl sie nicht in realen Problemlagen erfahrbar ist, das ist etwas, das wir zurzeit sehr stark messen können.

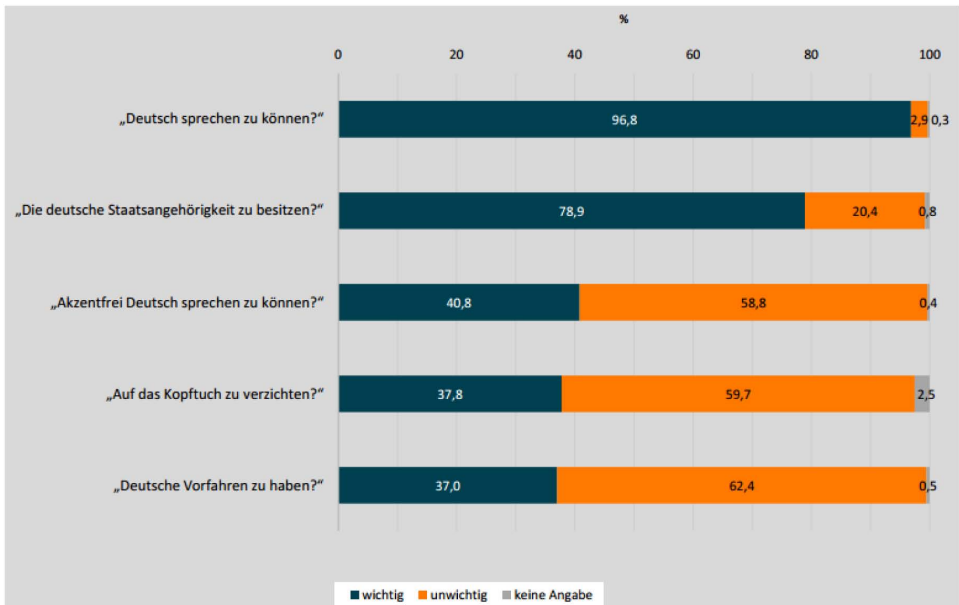
Eine weitere Ambivalenz ist, dass befragt danach, ob Fremdenfeindlichkeit in Deutschland verbreitet ist, über 50 % im ZDF-Politbarometer, also wieder jeder Zweite, der Aussage zustimmte, dass Fremdenfeindlichkeit in Deutschland verbreitet sei. Es gibt also ein Bewusstsein für diese Bedrohungslage und für dieses soziale Klima vergiftende Momentum. Gleichzeitig sagen aber die Menschen, dass die Bevölkerungsgruppen und die Minderheiten selber schuld daran sind, dass man ihnen gegenüber fremdenfeindlich ist. Auf die Frage: „Gibt es Ihrer Meinung nach unter diesen Bevölkerungsgruppen welche, die durch ihr Verhalten Feindseligkeit bei der Allgemeinheit hervorrufen?“ gaben in einer Umfrage für eine Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, durchgeführt vom Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Institut für Vorurteils- und Konfliktforschung e.V. knapp 50 % an: „Ja, Sinti und Roma sind selber schuld, wenn man ihnen gegenüber feindselig ist.“ Und über 50 % stimmen der Aussage zu: „Muslime sind selber schuld, wenn man ihnen mit Feindseligkeit begegnet.“ Die Wahrnehmung für die eigene Verantwortung in diesem Rollenspiel ist sehr wenig bewusst. Diese Zuschreibung der Schuld auf die andere Seite, wird flankiert durch eine sogenannte Exklusion aus dem nationalen Kollektiv. Durch eine jahrelange Nichtzugehörigkeit. Das haben wir versucht zu messen im letzten Jahr mit einer Studie, die wir an unserem Berliner Institut für Integrations- und Migrationsforschung durchgeführt haben. Diese Studie unter dem Namen „Deutschland Postmigrantisch“ haben wir letztes Jahr präsentiert. Es war eine repräsentative Telefonumfrage mit über 8000 Befragten in ganz Deutschland. Wir wollten wissen, wie die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Minderheiten ist. Unsere Hypothese war: Demokratietheoretisch bestimmen sich Demokratien nicht nur über die Kernthesen, d.h. Demokratien zeichnen sich nicht nur durch Gewaltenteilung aus oder durch freie, gleiche und geheime Wahlen. Sondern Demokratien zeichnen sich auch durch Mehrheitsherrschaft mit Minderheitenrechten aus. Und die Rolle von Minderheiten und die Rolle, die man ihnen zuweist, und die Gleichheitspositionen entscheiden darüber, wie demokratisch ein System ist. Und deswegen war es uns wichtig, Einstellungen gegenüber Minderheiten zu erfassen und weil Muslime die größte religiöse Minderheit in diesem Land sind, war es wichtig, anhand der Einstellung zu dieser größten religiösen Minderheit herauszufinden, wie viel Vielfaltsoffenheit es in diesem Land gibt. Wenn Sie sich dafür interessieren, können Sie das auch auf unserer Homepage nachsehen. Wir haben dort in den letzten acht, neun Jahren Studien in Deutschland gesammelt, die zur Gruppe der Muslime erschienen sind. Und es gibt an die hundert Studien. Die Muslime sind die am meisten beforschte Gruppe in dieser Gesellschaft. Wir haben Daten zu ihrem Konsumverhalten, ihrem Eheverhalten, ihrem Bildungsverhalten, ihren Mathematikkenntnissen, ihren Sprachkenntnissen, ihrer Integration im öffentlichen Raum etc. Und trotzdem, wenn Sie in die Bevölkerung hineinfragen, sagen 70 % der Bevölkerung: „Wir wissen nichts über Muslime.“ Für uns war diese Kontradiktion interessant, weil wir uns die Frage gestellt haben: Was würde wohl passieren – denn viele unserer Kollegen haben seit Jahren eine stabile Muslimfeindlichkeit festgehalten –, was würde wohl passieren, wenn wir stabil festhalten würden: In diesem Land gibt es eine hohe Kinderfeindlichkeit. Würden wir dann über Jahre und Jahre und Jahre und Jahre Studien über Kinder machen und analysieren welche Defizite Kinder eigentlich haben, um damit zu erklären warum die Gesellschaft kinderfeindlich ist? Oder müssen wir nicht irgendwann die Frage umdrehen und sagen,

wie viel Offenheit für Minderheiten und Demokratie und wie viel Demokratiekenntnis gibt es in dieser Gesellschaft, wenn sie diese größte Minderheit in diesem Land seit Jahren stabil abwertet? Wir wollten wissen, womit diese Abwertung einhergeht, und es gab stabile Stereotype, die sammeln sich spätestens seit der Sarrazin-Phase um zwei Kernfelder, nämlich Gewaltbereitschaft und Bildungsferne. Diese haben wir nochmal abgefragt, wir haben die Bevölkerung am Telefon nach der Zustimmung oder Ablehnung zu den folgenden Items befragt. Das eine war: „Sind Muslime aggressiver als wir?“ Ungefähr jeder Vierte sagte ja. „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir“, fanden 55 %, also ungefähr jeder Zweite war sich sicher, dass muslimische Eltern genauso bildungsorientiert seien, also auch Bildung für ihre Kinder wünschen. Bei allen anderen war es zweifelhaft. Das Nachdenken darüber, die Gruppe ist per se aus ihrer kulturellen Identität heraus tendenziell nicht bildungsaffin, ist vielleicht etwas, was an diese Sarrazin-Idee, die lange öffentlich diskutiert wurde, angedockt hat. Interessanterweise waren aber gleichzeitig 70 % der Meinung, wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen. Auch hier wieder diese Ambivalenz, auf einer abstrakten Ebene gibt es eine hohe Bereitschaft zur Anerkennung, und dann gibt es parallel immer wieder konkret vorhandene Stereotype. In der Tat hat uns das aber sehr wenig interessiert. Denn diese Items, in ähnlicher Form, waren schon sehr oft in Deutschland erhoben wurden. Und diese stereotype Muslimfeindlichkeit wird seit ungefähr zehn Jahren von Kollegen und Kolleginnen aus Bielefeld, aus Leipzig, aus Münster, aus Berlin in dieser Form nachgewiesen. Was wir wissen wollten, war vielmehr die Frage danach: An wen die Menschen eigentlich gedacht haben bei dem „Wir“. „Muslime sind aggressiver als wir“, hatten wir sie gefragt - wer ist eigentlich dieses Wir? – das haben wir die Menschen dann zurückgefragt. Wir hatten auch gedacht, dass die Menschen selber fragen würden, aber es ist natürlich in Fragesituationen so, dass man sehr darauf vertraut, dass die Wissenschaftler schon wissen, was sie fragen und deshalb nicht den Wissenschaftler zurückfragt: Wen meinen Sie eigentlich, wenn Sie hier „Wir“ fragen. Aber in der Tat haben wir festgestellt, dass die meisten doch sehr sicher waren, wen sie meinten mit diesem „Wir“. Nämlich die Deutschen, die deutsche Gesellschaft, oder die deutsche Bevölkerung. Das waren die meisten Antworten. Dabei hätten die Menschen durchaus die Möglichkeit gehabt, mit einer Komplementärkategorie zu antworten. Sie hätten nämlich sagen können: „Naja, an uns Nichtmuslime habe ich gedacht“ oder „An uns Christen habe ich gedacht“. Aber ganz offensichtlich ist es so, dass Deutschsein und Muslimischsein sich im Narrativ der Bevölkerung auszuschließen scheinen. Deutschsein und Muslimischsein werden nicht zusammengedacht, obwohl die Hälfte der hier lebenden Muslime deutsche Staatsbürger sind. Und das ist etwas, was sich sehr stark umgesetzt hat, dieser Ausschluss aus dem nationalen Narrativ oder dem Kollektiv.

Das Ganze konnten wir noch einmal weiter prüfen, wir haben dann die Menschen gefragt, was denn für sie Deutschsein bedeutet und welche Kriterien für die Bevölkerung eigentlich wichtig sind, um Deutscher zu sein. Da stellten wir fest, fast hundert Prozent sagten: „Deutsch sprechen zu können“. Und eine sehr hohe Zahl, an die 80 % sagte: „die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen“. Das sind zwei sehr eindeutige Items, die ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht vergegenwärtigen. Man erkennt an, Deutscher kann man werden, man sollte dazu die Sprache sprechen und die Staatsangehörigkeit besitzen. Gleichzeitig schränkten die Menschen das jedoch wieder ein, 40 % sagten: „Ja, es reicht nicht deutsch zu sprechen, man muss akzentfrei deutsch sprechen können.“ Ja, jetzt können Sie sich überlegen, was das für

Dresden bedeutet In der Tat sind aber damit wahrscheinlich nicht Dialekte gemeint, sondern es ist dieser Moment, dass man bei kleineren Fehlern schon heraushört, dass jemand nicht schon immer hier war. Bei kleinen Artikelfehlern kann man das schon hören, das ist eine schwierige komplexe und komplizierte Sprache, die man manchmal nicht bis zur Perfektion erlernen kann. Aber trotzdem kann man Kant lesen und Nietzsche lesen und sich auch deutsch fühlen, trotz kleinerer Artikelfehler, aber das ist etwas, was sich wahrscheinlich noch irgendwann ins Bewusstsein umsetzen wird.

Abbildung 6: Narrationen des Deutschseins



Quelle: Foroutan, Naika/ Canan, Coşkun/ Arnold, Sina/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina (2014): Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse, Berlin, S. 26.

Für uns war es eher spannend, weil wir die Frage nach dem Umgang mit den Minderheiten diskutiert haben, dass auch ungefähr knapp 40 % meinten, man müsse auf das Kopftuch verzichten, um Deutsch zu sein. Das ist wiederum diese Ambivalenz, die ich ihnen aufgezeigt habe. Auf der einen Seite gibt es offensichtlich ein hohes kognitives Bewusstsein dafür, dass sich dieses Land verändert hat, dass sich die Staatsangehörigkeit verändert hat, dass das Land vielfältiger geworden ist und immer mehr Menschen, die nicht so aussahen oder aussehen und keine deutsch-per se-klingenden Namen haben, auch Deutsche geworden sind. Trotzdem reicht es nicht aus, deutsch sprechen zu können und die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen; wenn man ein Kopftuch trägt, dann finden knapp 40 %, könne man nicht deutsch sein. Und weiterhin sind 37 % der Meinung, man muss eigentlich doch deutsche Vorfahren haben.

Also insofern auch hier wieder diese Ambivalenz: Es gibt eine kognitive Akzeptanz der Vielfalt auf der einen Seite und eine emotionale Distanz auf der anderen Seite, wie kann man das zusammenbringen? Was wichtig ist zu wissen, ist, dass narrative Exklusion, ein Herausdefinieren aus dem Kollektiv, nicht nur etwas ist, was einem Zugehörigkeiten verwehrt, sondern in letzter Instanz auch dazu führen kann, dass Demokratien erodieren. Wenn wir uns in einer Umfrage der Friedrich-Ebert Stiftung aus dem Jahr 2012 anschauen, dass ungefähr 60 % der Bevölkerung sagen würden: „Muslime und ihre Religion sind so verschieden zu uns, dass es blauäugig wäre, einen gleichen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu fordern“, dann ist das etwas, was ganz klar unseren demokratischen Grundwerten widerspricht. Partizipation, gleiche Zugänge zu Positionen, das sind Grundeinstellung von offenen Demokratien und von der Idee der Aufklärung, dass wir als Menschen gleich sind mit gleichen Rechten. Wenn also eine Exklusion aus dem narrativen Kollektiv erfolgt und diese Exklusion dazu führt, dass man diese Menschen weil sie Muslime sind nicht mehr als Gleiche unter Gleichen sieht, sondern sogar bereit ist, ihnen das Recht auf gleiche Positionen zu verwehren, weil sie doch so anders sind als wir, dann haben wir ein manifestes demokratisches Problem.

Das Ganze können wir nochmal sehen, in dieser Ambivalenz: Ich haben ihnen eben gezeigt, 70 % der Bevölkerung sagen, man sollte Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen. Wir wissen auch, ungefähr 70 % sagen: „Wenn Muslime in Deutschland Forderungen stellen, dann ist das ihr gutes Recht.“ In der Tat ist es so, Minderheiten haben in Deutschland das Recht, Forderungen zu stellen und da ist ein großes Bewusstsein dafür da, wenn 70 % dieses Recht unterstreichen. Wenn wir aber dann sehen, was passiert, wenn es konkret wird, dann konnten wir erkennen: 60 % der Bevölkerung würden die Beschneidung verbieten wollen. 50 % würden das Kopftuch bei Lehrerinnen verbieten, und 40 % würden den Moscheebau einschränken wollen. Insofern scheint es offensichtlich ein mangelndes Bewusstsein für das zu geben, was in der Verfassung laut Artikel 4 als Grundrecht verankert ist, nämlich Religionsfreiheit, die Freiheit der Ausübung und das Recht, ein Gotteshaus bauen zu dürfen und nicht behindert zu werden in der Ausübung seiner Religion. Gleichzeitig konnten wir erkennen – die Debatte ist grade seit gestern wieder hochaktiv, im Dezember über die ganze Weihnachtszeit war sie sehr aktiv –, dass in der Bevölkerung eine sehr große Zustimmung herrscht, dass man die Einführung eines Gesetzes befürwortet, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet, 73 % wollen das laut ARD Deutschlandtrend. Ein großer Teil der Bevölkerung ist der Meinung, dass das geschehen sollte. Die Frage ist aber in der Tat, ob uns das weiterführt, wenn wir Integration immer nur als eine Bringschuld von Minderheiten betrachten wird und wir nicht die Frage stellen, welche Rolle Mehrheiten im Integrationsprozess spielen. Die Debatten um die Fragen der Integrationspflicht kreisen vor allen Dingen um Kernbekenntnisse zu Homosexualität, Geschlechtergerechtigkeit und dem Existenzrecht Israels. Die Frage, über die wir nachdenken könnten, gemeinsam, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre, statt über eine einseitige Integrationspflicht, eher über etwas wie einen gemeinsamen Integrationsvertrag nachzudenken, den wir, jeder Einzelne von uns hier im Saal, auch mit unterschreibt. Denn die Frage ist in der Tat, ob es nicht bestimmte Kernpunkte gibt, die wir verfassungsrechtlich festgelegt haben, an die wir uns alle halten müssen, und ob wir dieses Bekenntnis nicht erinnern und erneuern durch einen Integrationsvertrag zwischen uns allen und dem Staat. Artikel 1 sagt, die Würde des Menschen ist unantastbar. Wenn es einen Gleichheitssatz laut Artikel 3 gibt, dann müssen wir uns die Frage stellen, wie können wir zulassen, dass es so starke Reprä-

sentationslücken in der Bevölkerung gibt, was die Repräsentation dieser 20 % Menschen mit Migrationshintergrund in beruflichen Positionen angeht. Wir könnten die ganzen Verfassungssätze durchgehen und sagen, wir müssten eigentlich gar nicht wirklich etwas Neues entwerfen, es würde vielleicht ausreichen, sich zu vergegenwärtigen, was in der Verfassung drinsteht und wie viel Verfassungsdistanz es eigentlich innerhalb der Bevölkerung gibt, die schon hier ist. Und diese Frage, die Frage nach dem gemeinsamen Integrationsvertrag, würde sich dann sehr viel deutlicher stellen, und danach, ob wir prospektiv auf eine Gesellschaft schauen wollen, die wir gemeinsam integrativer und inklusiver gestalten.

Jetzt zum letzten Teil, den Narrativen der Abwehr, die präsent sind, und ob es uns gelingen kann, diese Narrative vielleicht ein wenig zu dekonstruieren. Das eine große Narrativ, das Überfremdungsnarrativ, das hören wir in den letzten Jahren sehr stark. Vielleicht war das Eingangsintrou mit den Zahlen, die ich Ihnen gezeigt habe, noch etwas, woran wir uns festhalten sollten. Zur Erinnerung: Nach dem starken Bevölkerungsanstieg im Jahr 2015 haben wir ein Prozent Bevölkerungszuwachs in Deutschland. Wenn wir uns die Frage stellen, und sie wird auf uns zukommen, die Frage nach einem Einwanderungsgesetz, dann werden wir uns orientieren müssen, an Ländern, die bereits ein solches Einwanderungsgesetz haben. Es gibt Länder, die sich als Einwanderungsländer definiert haben, Kanada, USA, Australien, Singapur, Brasilien. Diese Länder haben Einwanderungsgesetzgebungen, und die meisten dieser Länder haben eine Quote. Diese Quote liegt in Singapur z. B. bei 1,5 % Bevölkerungszuwachs jährlich, in Kanada liegt sie zwischen 0,8 – 1,2 %, das verändert sich. In Australien ist es eine ähnlich hohe Zahl. Wenn wir in Deutschland ein Einwanderungsgesetz bekommen, und wenn in diesem Einwanderungsgesetz eine Quote festgeschrieben wird, dann wird die Quote bei ungefähr einem Prozent liegen. Das würde heißen: jedes bei Jahr 800.000. Im letzten Jahr haben wir gesprochen von 900.000, die Frage danach, ob es eine Belastungsgrenze, eine Obergrenze, ein Nichtschaffen gibt, wird sich relativieren, wenn es dieses Gesetz gibt. Denn das Gesetz wird mit flankierenden Infrastrukturmaßnahmen einhergehen müssen und die Opportunitäten schaffen für die Einwanderung. Dieses Gesetz wird sich auch an demographischen Prognosen und Empfehlungen ausrichten. Das heißt –auch das hat Klaus Bade so schön formuliert - die Frage danach, ob es eine Obergrenze gibt, ist immer eine Frage der Akzeptanzgrenze. Die Obergrenze in Polen liegt bei 2000 Flüchtlingen, die Obergrenze in Großbritannien bei 30.000. Die Frage nach der Obergrenze ist also keine empirische Frage, sie ist eine Frage des Narrativs. Und sie ist eine Frage dessen, ob uns bewusst ist, dass diese Zahl, mit der wir eine massive Überfremdung begründen – „Dieses Land ist nicht mehr das, was es war, weil so viele Fremde kommen“ –, dass diese Zahl wirklich nur bei einem Prozent Bevölkerungsanstieg liegt und dieses eine Prozent wirklich dazu führen könnte, dass es eine reale Überfremdung gibt? Das ist das, was wir mitnehmen müssen, wenn wir Zahlen relational einordnen.

Ein weiteres sehr dominantes Narrativ ist das Männlichkeitsnarrativ. „Es kommen nur junge Männer, alleine“, zitiert der Journalist Hasnain Kazim in einem Kommentar für den Spiegel Argumentationsmuster sogenannter „besorgter Bürger“ „Wo sind die Frauen und Männer, die Alten und Gebrechlichen, wie kann man nur so egoistisch sein und die allein zurücklassen, wo doch angeblich Krieg herrschen soll in ihrer Heimat?“ Gleichzeitig Gegenzitat: „Wenn wir diese Muselmanen ins Land lassen, erleben wir eine Invasion von Großfamilien, sechs Kinder sind bei denen nicht ungewöhnlich, es sind viel zu viele, die kommen, deshalb kein Familien-

nachzug.“ Auch hier erkennen wir wieder diese Ambivalenz. Männlichkeit als Angst, auf der anderen Seite Einschränken von Familiennachzug als Wunsch, keine Kinder und Frauen, die dazu kommen können. Aber dieses Männlichkeitsnarrativ, ist etwas, was ganz stabil und immer da ist. Und alles das, was ich Ihnen sage, ist übrigens nicht spezifisch deutsch. Wir können nach Frankreich gehen, nach Holland gehen, nach England gehen, Schweden, Dänemark – wir haben diese Debatten überall ähnlich im öffentlichen Raum. Ich hab Ihnen hier ein Zitat mitgebracht, das ich Ihnen gerne einmal vorlesen würde, um Ihnen zu zeigen, welche Kontinuität dieses Männlichkeitsnarrativ hat. Ich zitiere: „Die Situation in den Heimen und Lagern spitzt sich immer mehr zu, Meldungen über Saufereien und Raufereien häufen sich, in einigen Einrichtungen herrscht eine derart aufgeputschte Stimmung, berichtet der Essener Sozialdezernent Günter Herber, dass er es nicht mehr wage, dahin einen Sozialarbeiter zu schicken, das ist schon beinahe lebensgefährlich.“ Sein Kölner Amtskollege Lothar Ruschmeier bestätigt: „Die Auswüchse gehen über das normale Maß hinaus. Städtische Bedienstete seien nachts überfallen und beraubt worden. Mitarbeiterinnen der Verwaltung würden sexuell belästigt. Dauernd Trouble mit den Alkis meldeten auch Mitarbeiter im Westberliner Aufnahmelager Marienfelde ihrer Sozialsenatorin.“ Es handelt sich hier um einen Artikel im Spiegel von 1990 „In Westdeutschland kocht der Hass auf die DDR-Übersiedler hoch“. Ähnliches haben wir in den 70er Jahren über Italiener. Also diese Männlichkeitsnarrative tauchen immer wieder auf, und sie sind immer mit Einwanderung verbunden. Insofern ist es auch nochmal wichtig zu sehen, welche Kontinuität sie haben, wie sie wieder weggehen, wie sie wieder aufkommen und wie sie immer wieder auch da sind gegenüber Gruppen, die gerade in labilen Situationen sind.

Das Frauenverachtungsnarrativ ist auch etwas, was sehr wichtig ist für den Diskurs. Gerade nach Köln, das für uns alle wahrscheinlich ein großer Schock war, haben wir immer wieder auch solche. Zitate wie z.B. von Kristina Schröder gelesen, die sagte: „Sie wurden lange tabuisiert, aber wir müssen uns mit gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen in muslimischer Kultur auseinandersetzen.“ Außerdem habe ich auch ein Zitat, das das nochmal bestätigt, von Rainer Wendt, dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, der die Frage aufrief: „Wenn es andere Täter wären, etwa HOGESA-Mitglieder, wäre der Aufschrei längst da; wenn es sich bei den Tätern um Muslime handle, um Flüchtlinge, bestehe bei einigen offenbar die Neigung auf Tauchstation zu gehen.“ Insofern ist das eine große Frage, die wir uns stellen müssen, die wir verhandeln müssen, die vielleicht auch eine für einen Integrationsvertrag wäre. Das Wichtige ist aber, wenn wir diese Fragen stellen, sie nicht zu stellen einfach nur in Bezug auf eine andere Gruppe, sondern sie immer wieder in Bezug darauf zu stellen, wie wir unsere Werte definieren und selbst leben. Insofern ist es auch nochmal interessant, sich dazu eine Studie anzuschauen, die ein Jahr vorher da war, aus dem europäischen Raum von der sogenannten Europäischen Behörde für Gleichstellung, eine gesamteuropäische Untersuchung, in der erfasst wurde, dass eine von drei Frauen in der Europäischen Union seit ihrem fünfzehnten Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren hat. Und jede zweite Frau war mit einer oder mehrerer Formen der sexuellen Belästigung konfrontiert. Wenn wir sagen, dass wir das nicht dulden, dann müssen wir gar nicht rechtfertigen, dass wir das selbstverständlich nicht dulden, von Kriminellen, welchen Hintergrund sie auch haben, ob sie muslimisch sind, nordafrikanisch oder chinesisch. Wir dulden das nicht, weder von denen, noch von jenen, noch von unseren eigenen und auch nicht, wenn diese Menschen längst zu unseren eigenen geworden sind. Das ist ein Bekenntnis, das ganz selbstverständlich ist!

Genauso ist es mit dem Gewaltnarrativ. Vielleicht kennen Sie Christian Pfeiffer, den Chef des Kriminologischen Institutes, der hat sehr, sehr spannende Untersuchungen gemacht, und ich hatte das Glück, vor einem Monat mit ihm auch nochmal zusammenzukommen, und er hat gerade sehr viel dazu gesprochen, zu den Langzeitstudien, die er macht, unter dem Betreff „Machokultur“, wo er seit dem Jahr 2000 immer wieder Gruppen befragt hat und feststellen konnte, dass es z.B. bei der Gruppe der türkischstämmigen Bevölkerung im Jahr 2000 noch zu 2/5 Zustimmung gab zu frauenverachtenden Machopositionen und dass es im Jahr 2013 nur noch 10 % waren. Ich zitiere ihn: „Parallel dazu ging ihre Gewaltrate deutlich zurück, in Hannover beispielsweise von 33 % auf 13 %, und näherte sich damit zunehmend den Vergleichsquoten der Deutschen an.“ Also insofern ist es so, dass diese Langzeitstudien über das integrative Verhalten eine Anpassung an Narrative, die in diesem Land sind, zeigen. Wenn die Narrative in diesem Land aber nicht mehr klar sind, dann werden wir damit rechnen müssen, dass sie auch in anderen Gruppen unklar bleiben. Das heißt, wir müssen uns selbst dessen vergewissern, was unsere demokratischen Narrative sind. Das müssen wir jeden Tag tun. Und das Gleiche können wir mit der Kriminalität sehen. Ob erhöhte Kriminalität bei Flüchtlingen vorhanden ist, steht ja seit einem Jahr sehr stark im Raum. Wir können erkennen, dass immer wieder gesagt wird, Flüchtlinge sind nicht krimineller als Deutsche, die Quoten sind gleich, das sagt das BKA, das sagt Herr de Maizière, das sagt Ulf Kühn, der Chef der Braunschweiger Kriminalpolizei. Trotzdem, im Bauchgefühl der Menschen ist es anders: „Diese Menschen, die dort kommen, können doch eigentlich nicht genauso wenig kriminell sein wie die Menschen, die schon immer hier sind, weil: wir sind aufgeklärt, demokratisch, tolerant, wir können gar nicht gleichermaßen kriminell sein“ – das war übrigens ein Gedanke, der sich ähnlich in einem Gutachten von Profilern des LKA Baden-Württemberg im Rahmen der Ermittlungen zur NSU-Mordserie wiederfindet. Diese kamen in ihrer Fallanalyse zum Schluss: „Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturraum mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltenssystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystems verortet ist.“

Dieses eigene Selbstbild zu hinterfragen, immer wieder zu hinterfragen, ist eine sehr, sehr schwierige Aufgabe, sie ist aber auch machbar. Und diese Reflexion ist, glaube ich, etwas, was man stärker von Menschen abverlangen kann, als sich jeden Tag, jeden Montag in Gegendemonstrationen irgendwo auf einen Platz zu stellen, gegen Leute, von denen man denkt, meine Güte, ich hab doch eigentlich schon gesagt, dass ich gegen die bin, ich muss mich doch nicht dauernd von denen distanzieren, es ist doch ganz eindeutig klar, dass die nichts mit mir zu tun haben. Und vielleicht ist es einfach so, dass wir es schaffen müssen, diese Deutungshoheit zurückzugewinnen, indem wir ganz klar, punktuell, vielleicht in einem großen Bekenntnis ein klares demokratisches Gegenzeichen setzen – und das hat diese Stadt schon gemacht, z. B. im Januar bei der großen Demonstration, sich ganz klar dagegen geäußert – und dass man dann sagt, ich habe mich geäußert, in einem halben Jahr werden wir wieder zusammenkommen und zeigen, an unserer Position zu dieser Offenheit hat sich nichts mehr verändert, und die ganzen nächsten Montage lassen wir die Leute da draußen schreien und wir haben Besseres zu tun. Man muss das aber aktiv so setzen, das ist eine Setzung, das ist eine Deutungshoheit, dass man aktiv nicht dahingeht, nicht entschuldigend, sondern man sagt den Grund, warum man nicht hingehet, weil man sich seiner Demokratie und den Narrativen hier sicher ist. Alle halben Jahre erneuert man dieses Bekenntnis gemeinsam in einem kollektiven Akt, versichert sich selbst, der Stadt und nach außen die Position Dresdens und den Rest der Zeit

macht man eben das, was man so macht als Demokrat. Insofern komme ich jetzt langsam zum Abschluss und nehme nochmal zwei große Narrative mit.

Einmal das Überforderungsnarrativ, das habe ich Ihnen vielleicht vorhin mit den empirischen Zahlen gezeigt. Das Überforderungsnarrativ ist ein ganz schwieriges, weil es sehr wohl sehr große Überforderung gibt mancherorts und mancherorts überhaupt nicht. Das ist genauso wie das, was ich Ihnen eingangs gezeigt habe mit den Verteilungen. Wenn wir sagen, Deutschland ist vielfältig, Deutschland ist bunt, jedes dritte Kind in diesem Land hat einen Migrationshintergrund, dann wissen wir, dass das nicht überall so ist. Wir wissen, dass in Frankfurt am Main knapp 70% der Kinder, die dort geboren werden, einen Migrationshintergrund haben. In Dresden kenne ich die Zahlen nicht. Aber es gibt bestimmt Regionen in Deutschland, wo es kaum Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Das heißt, die Verteilungsdichte ist sehr unterschiedlich, deswegen braucht es ein politisches Narrativ, dass diese Vielfalt als Normalität setzt. Für viele Menschen ist es keine empirische Realität, für andere ist es schon längst Normalität. So ist es auch mit dem Überforderungsnarrativ. Wir schauen uns an, der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat eine große Überforderung gemeldet, schon im November. Umgekehrt hab ich hier mal ein Interview herausgesucht von einem Bürgermeister namens Stefan Neher, der in Bad Saulgau wohnt und dort Oberbürgermeister von Rottenburg am Neckar ist und der Sätze sagt wie „Wer soll das schaffen, wenn nicht wir.“ Und dieser Mann wurde deswegen mit seinem Interview herausgehoben, weil er in der Nachbargemeinde zum grünen Oberbürgermeister Boris Palmer in Tübingen lebt, der die Hälfte der Flüchtlingszahlen hat, bei einer doppelten Einwohnerschaft wie dieser Mann in seiner Gemeinde und seiner Stadt. Und Boris Palmer sprach schon sehr früh davon, dass es nicht zu schaffen sei. In der Tat ist es also auch nicht nur eine Frage der Empirie, eine Frage der Logistik, sondern auch eine Frage dessen, welche Haltung man zu dieser Frage hat, und hier können wir erkennen, was ich eingangs gesagt habe zu diesen postmigrantischen Allianzen, die sich eben nicht mehr anhand einer etablierten Positionierung ausrichten, dass man als Linker auf einer Seite steht, als Konservativer auf der anderen, dass junge und alte Leute selbstverständlich unterschiedliche Blickwinkel haben und dass man als Migrant sich mit den Linken assoziiert und als Konservativer antimigrantisch positioniert, dass alle diese Vorstellungen, die wir von diesen Rastern in der Gesellschaft haben, sich aufgelöst haben. Und diese Bruchlinie, ob man für oder gegen Migration, für oder gegen Pluralität ist, geht durch diese ganzen früher etablierten Positionen hindurch. Ein CDU-Bürgermeister, ein Grünen-Bürgermeister – ganz unterschiedliche und ganz kontraintuitive Positionen.

Mein letztes Narrativ, das sehr dominant ist, ist das Integrationsnarrativ. „Integration heißt Anpassung an unsere Kultur“, war hier eine große Aussage vom Bündnis „Stoppt die Flut!“. Wir können beobachten, dass Integration immer wieder als Anpassungsleistung, als Assimilation verstanden wird. So betonte der frühere Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, dass Integration harte Arbeit sei. So sei Integration nicht mit Sprücheklopfen zu erreichen, sondern man müsse den Menschen schon klarmachen, dass sie nicht mehr in einer Gesellschaft des Stärkeren sind, sondern dass wir ein liberaler, demokratischer Staat sind, in dem die Würde jedes Einzelnen unantastbar sei. Die Würde jedes Einzelnen – das ist sehr richtig. Die Frage ist nur, ob Heinz Buschkowsky in dem Moment, als er dieses Zitat sagte, sich auch dessen bewusst war, wie sehr das Zitat auch für die Mehrheitsbevölkerung gilt. Er diri-

gierte die Aussage an eine bestimmte Minderheit. Auch hier sollten wir uns wieder bewusst machen, dass Kernforderungen bestehen, die für uns alle Gültigkeit besitzen. Und so wird Integration eben normalerweise gemessen. Wenn wir als Integrationsforscher versuchen festzustellen, wie Integration funktioniert, dann messen wir dies einmal auf der strukturellen, der kulturellen, der sozialen und der emotional-identifikativen Ebene. Dementsprechend wird gemessen, ob die Integration ins Bildungssystem funktioniert, ob die Arbeitsmarktintegration gelingt, wie sich die Sprache darstellt, ob es Freundschafts- und Nachbarschaftskontakte gibt und am Ende, ob es eine emotionale Verbundenheit mit Deutschland gibt. Diese Vierfeldermatrix ist sehr etabliert in der Forschung. Gleichzeitig glauben wir, dass es wichtig ist, als fünftes Element die Gesamtgesellschaft hinzuzunehmen. All diese Veränderungen in Bildung, Arbeitsmarkt etc. betreffen nicht nur die eine Gruppe, sondern eben die gesamte Gesellschaft. Wir müssen Integration als etwas sehen, das nicht nur mit Migranten verbunden ist. So ist es eben auch im Wortsinne: Eigentlich hatte Integration, im ursprünglichen Sinne von Rudolf Smend für die Weimarer Republik beschrieben, nicht ausschließlich mit Migranten zu tun, sondern mit der Integration aller Teile der Bevölkerung. Das Wort Desintegration funktioniert übrigens noch so. Wenn Sie das Wort Desintegration hören, dann denken Sie an Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt, aus dem Kultursektor, aus der Nachbarschaft. Desintegration funktioniert sehr wohl, um Gesellschaften analytisch zu beschreiben, auch gegenüber Bevölkerungsteilen, die herkunftsdeutsch sind. Aber Integration wird immer nur als etwas gedacht, was die Migranten erbringen müssen. Obwohl es ein dynamischer Prozess ist, der die gesamte Gesellschaft zu einer stärkeren sozialen Kohäsion führen kann.

Und noch einmal abschließend zur Verantwortung der Gesamtgesellschaft: Wenn wir uns die Daten einer Studie vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration zur Diskriminierung am Ausbildungsmarkt aus dem Jahr 2014 anschauen, dann wird ersichtlich, dass in Deutschland bei gleicher Leistung, bei gleichen eingereichten Bewerbungen Jugendliche mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund wesentlich seltener in den deutschen Arbeitsmarkt einmünden als Jugendliche ohne Migrationshintergrund bei gleicher Leistung.

Die Frage, die wir uns als Gesellschaft stellen müssen, ist, ob der Leistungsmythos, den wir sehr stark als selbstbeschreibend für uns Deutsche sehen, nicht in Frage gestellt werden muss, wenn bei gleicher Leistung gleiche Menschen mit unterschiedlichen Namen nicht gleichermaßen in den Arbeitsmarkt einmünden. Insofern stellt sich hier wieder die Frage an uns: Wie integrativ sind wir eigentlich? Das Gleiche passiert mit Nachbarschaftskontakten. Der Kriminologe Christian Pfeiffer, von dem ich eben erzählte, führte eine große Studie durch, in der er nach dem Integrationsverhalten fragte. Entgegen dem Mythos „Die Türken wollen doch nur unter sich bleiben.“ stellte er fest, dass 40,9 % der befragten türkischen Jugendlichen angaben, sie fänden deutsche Nachbarn sehr angenehm. Aber nur 9,2 % der deutschen Jugendlichen fänden es sehr angenehm, wenn türkische Nachbarn bei ihnen wohnen. Auch hier muss das Ganze noch einmal umgedreht und gefragt werden: Wie viel ist man selbst bereit in die Integration hineinzugeben? Dies spricht für die empirische Vielfältigkeit, die wir haben, und die faktische Ungleichheit, die wir in beruflichen Positionen wiederfinden. Zwanzig Prozent Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, aber nur zehn Prozent im Öffentlichen Dienst. Warum? Nur fünf Prozent in den Medien, beim Journalismus. Warum? Nur drei Prozent in den dreißig größten Stiftungen, obwohl sich gerade die Stiftungen sehr stark für Vielfalt und Diversität engagieren. Nur sechs Prozent im Bundestag, obwohl der Bundestag

uns alle repräsentiert. Die Frage ist, wie lange diese Repräsentationslücken in Deutschland noch bestehen bleiben können.

Ich komme jetzt zum Fazit und fasse die Kernpunkte noch einmal zusammen. Wir messen in Deutschland eine normative Paradoxie. Die Menschen bekennen sich zu Vielfalt, zu Offenheit. Sie sehen sich als offenes und tolerantes Land. Sie unterschreiben, Vielfalt ja, aber ohne Muslime, Flüchtlinge, Roma, Obdachlose und Wirtschaftsflüchtlinge – und Menschen aus Rumänien oder Bulgarien mögen wir auch nicht so gerne. Das Ganze erzeugt eben einen Moment, dass man sich in seiner Selbstwahrnehmung beginnt falsch zu beschreiben. Man ist überzeugt von Grundwerten, die man sich erkämpft hat, die man mit der Aufklärung verbindet, die man verteidigen möchte. Gleichzeitig ist man bereit, diese Grundwerte sogar manchmal zu verraten. Diese normative Paradoxie muss einem bewusst gemacht werden, und das funktioniert nur über Erziehung. Wir haben Erziehungscluster, Erziehungsformen, die nennen sich vorurteilsbewusste Erziehungskonzepte. Diese machen deutlich, dass man nicht vorurteilsfrei sein kann, niemand von uns, dass es aber schon ein Anliegen der Gesellschaft sein sollte, seine eigenen Vorurteile zu erkennen. Wenn man sie erkennt, heißt das nicht automatisch, dass man sie ablegen kann, aber man hat zumindest erkannt, dass das, was man in dem Moment gedacht hat, irgendwie hinterfragt werden könnte, das wäre vielleicht schon ein erster Schritt, dass könnte man in Schulen durchaus einführen und das wäre etwas, was man über Schulbücher vermitteln könnte. Das Zweite ist die Ambivalenz zwischen der kognitiven Akzeptanz auf der einen Seite und der emotionalen Distanz auf der anderen Seite. Diese Ambivalenz muss man versuchen, durch eine Erzählung narrativ zu überwinden. Denn die eine Erzählung, die Erzählung von der Gleichheit, ist in unserer Verfassung verankert, die andere Erzählung, die Erzählung von der Selbstverständlichkeit, von Zugehörigkeit und von Normalisierung, die können wir nur sichtbar machen. Dafür gibt es z.B. kulturelle Räume wie Theater, die das sichtbar machen können. Diese Erzählung und die Reflexion über Normalitäten kann aber auch in Schulbücher Eingang finden und in die Medien. Ich habe kürzlich eine Werbung von Coca-Cola gesehen, in der eine blonde Frau diese Coca-Cola-Flasche lasziv an den Mund hielt, mit weit geöffneten Lippen, und ich habe draufgeschaut und mich gefragt: Wie kann es heute, 2016, überhaupt noch solche Bilder geben? Das ist so 80er! Oder: Ich fahre mit meinen Kindern im Auto, und es läuft eine Werbung für ein Bettenhaus in Berlin, und diese Werbung war geschaltet mit der Stimme einer Frau, die eigentlich nur die Bevölkerung einladen sollte, dort etwas zu kaufen, aber mit einer Stimme, die durchaus auch etwas Anderes anzubieten schien. Und ich hatte meine Kinder im Auto und hab nur gesagt: „Frauen sprechen so nicht im Radio, merkt euch das!“ Und wenn man das gelernt hat, wird einem bewusst, wie irritierend das ist. Das Lernen muss aber vorgeschaltet werden, damit man diese Irritationen spürt. Und das ist der dritte Punkt, den ich mitgeben muss und wo wir nochmal ansetzen müssen, dass wir ein klareres Demokratiebekenntnis haben müssen mit Bezug auf Pluralität in unserer Verfassung, dass wir eigentlich gar nichts Neues erfinden müssen, sondern dass wir auf den Verfassungspatriotismus von Habermas zurückgreifen können und uns endlich vornehmen könnten, das, was in dieser Verfassung steht, auch wirklich für die Gesellschaft zu leben. Das reicht schon. Und das Letzte, das ich auch mit meinen Kollegen und Kolleginnen vom Rat für Migration immer wieder fordere, ist, dass wir ein aspiratives Leitbild brauchen für dieses Land und keine rekonstruktive Leitkultur. Die Leitkulturdebatte hat vor 15 Jahren begonnen und ging ganz stark auf diese Frage der deutschen Kultur ein, die sich sehr stark

über einen Blick auf die Vergangenheit definiert hat. Und diese Vergangenheit können aber nur diejenigen mit einem teilen, die schon immer hier waren. Es sind aber sehr viele Menschen dazugekommen, und vielleicht kann man eher aspirativ ein Leitbild bestimmen, auf das wir gemeinsam zusteuern können, auch wenn manche von uns nicht schon immer – in fünfter, sechster, siebter oder zehnter Generation – hier waren. Und diese Idee des Leitbildes, das nach vorne schaut, ist etwas sehr Republikanisches, das hat man in Kanada in den 70er Jahren gemacht und hat für sich das Leitbild „Unity in Diversity“ – Einheit in Vielfalt – definiert. Die USA hat sich ein Leitbild gegeben, und das heißt: „We are a nation of immigrants.“ Man glaubt, das sei ein Gründungsmythos und denkt, so habe sich die USA immer schon bestimmt, aber mitnichten. Das ist ein Leitbild, das in den 70er Jahren über den Verwaltungsweg etabliert wurde nach großen rassistischen Unruhen und im Zuge des Civil Right Movement, um zu sagen: „Ja, wir sind gegründet als Nation von Einwanderern. Das ist das, was uns zusammenführen soll. Wir können niemanden anders bewerten, weil er anders aussieht.“ Und diese Frage drängt sich auch für Deutschland auf nach dieser Zeit der abwehrenden Narrative wie „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, „Multikulti ist gescheitert“ oder „Einwanderung nein, Integration ja“: Können wir uns auf politischer Ebene nicht alle gemeinsam hinsetzen mit Kirchen, mit Gewerkschaften, mit Medien, mit Wissenschaftlern, mit Minderheitenvertretern etc. und darüber nachdenken, was dieses Leitbild für dieses neue Deutschland sein könnte, damit es nicht bei dem Bild des Spiegel bleibt, eine verstörte Nation zu sein, die zunehmend ihre Mitte verliert?

Dresdner Reden 1992 – 2015

1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow – Regine Hildebrandt
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann
Moritz Rinke, Peter Weißenberg, Jens Reich

2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rösen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

2013

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

2014

Prof. Dr. Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff

2015

Heinz Bude – Carla Del Ponte – Jakob Augstein – Andreas Steinhöfel – Michael Krüger

2016

Naika Foroutan – Peter Richter – Giovanni di Lorenzo – Joachim Klement

Spielzeit 2015/2016

Herausgegeben vom Staatsschauspiel Dresden → Intendant: Wilfried Schulz → Gestaltung: Andrea Dextor → Alle Rechte liegen bei den Rednern.



1.2016